

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

scheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
angehen, die viergespaltene
Beitseite 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2185.
Redaktion und Expedition:
Berlin O.,
Münchenerstr. 15.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Girsch-Duncker)

Nr. 47.

Berlin, den 22. November 1901.

XII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an A. Bahlke, Berlin O., Münchener-Strasse 15, Geldsendungen an E. Gahner, Berlin O., Münchener-Strasse 15, zu adressieren.

Reform der Gefängnisarbeit!

Wir haben im Leitartikel unserer vorigen Nummer und auch sonst auf den ungeheuren Umfang der herrschenden Arbeitslosigkeit hingewiesen und die Maßnahmen aufgezählt und erörtert, die seitens der Deutschen Bundesstaaten und einiger größerer Stadtgemeinden zur Vinderung der allgemeinen Noth getroffen worden sind. Wir haben auch deutlich durchblicken lassen, daß wir darin eine wirksame Abhilfe nicht erblicken können. Denn die veranstalteten Erhebungen kommen um mehrere Monate zu spät; ihre Sichtung und die Durcharbeitung des gewonnenen Materials wird ebenfalls geraume Zeit in Anspruch nehmen. Außerdem aber ist daran auszufehen, daß beispielsweise in Preußen die Erhebungen sich nur auf bestimmte Provinzen erstrecken und mit ihrer Durchführung allein die Verwaltungsbehörden, also in erster Linie sicherlich die Polizeiorgane, betraut worden sind. Daß aber auch die am meisten dabei interessirten Arbeiter mit herangezogen werden, daran ist nach den bisher in ähnlichen Angelegenheiten gemachten Erfahrungen nicht zu denken.

Aus den Provinzen Sachsen liegt bereits eine Mittheilung über die dort angestellten Erhebungen vor. Der dortige Oberpräsident, frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr von Bötticher, hat in der vorigen Woche zu dem bewussten Zwecke nach Halle a. d. Saale eine Konferenz der Regierungspräsidenten, Landräthe, Oberbürgermeister der großen Städte, Eisenbahndirektionspräsidenten, Vertreter der Landwirtschaftskammer und der Handelskammer, Großindustrielle und Großkaufleute zu einer vertraulichen Konferenz eingeladen, als deren Resultat Herr v. Bötticher die Thatsache hinstellte, daß von übermäßig zahlreichen Arbeiterentlassungen nicht die Rede sein könne. Fragen, ob die Löhne erheblich zurückgegangen, die Arbeitszeiten erheblich eingeschränkt, Feierschichten eingeführt sind, scheinen dabei nicht erörtert worden zu sein. Ähnlich wird zweifellos das Ergebnis aus anderen Provinzen auch ausfallen. Freilich stehen damit in einem schroffen Widerspruch die Ausführungen, die in dieser Beziehung gerade in der letzten Centralratssitzung von den Generalsekretären einiger Gewerkevereine gemacht worden sind. Die Herren erklärten nämlich, und zwar nach den auch von uns gemachten Erfahrungen mit vollem Rechte, daß die Unterstellungen für Arbeitslose die ersten drei Quartale des Jahres 1901 viele Tausende von Mark mehr verschlungen haben als das ganze vorige Jahr. Wie angesichts solcher Feststellungen noch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit bezweifelt werden kann, bleibt uns schlechterdings unklar.

Ämtliche Erhebungen und auch Nothstandsarbeiten reichen nicht aus, das Uebel wirksam zu bekämpfen. Es müssen weitere Schritte unternommen werden. Um das Angebot von Arbeitskräften zu verringern, müßte sofort jede gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verboten, außerdem die Schonzeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter erheblich verlängert werden. Gleichzeitig

wird damit aber auch die Frage der Gefängnisarbeit wieder aktuell, durch welche bekanntlich sowohl den kleinen Gewerbetreibenden als auch den Arbeitern eine ganz erhebliche, und noch dazu recht gefährliche Konkurrenz bereitet wird. Wenn alle die Arbeiten, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und ähnlichen Anstalten verrichtet werden, freien Arbeitern übertragen würden, so könnte im Verein mit den anderen angeführten Maßnahmen wohl eine erhebliche Einschränkung, wenn auch nicht die völlige Beseitigung der jetzigen Nothlage erreicht werden.

An eine Abschaffung der Gefängnisarbeit überhaupt kann nicht gedacht werden, da wenigstens für viele Menschen eine längere Einsperrung ohne jede Beschäftigung sicherlich zum Wahnsinn führen müßte. Und Menschen sind Gefangene doch auch. Außerdem ist die Arbeit in den Strafanstalten eines der wichtigsten, vielleicht sogar das bedeutsamste Besserungsmittel, welches der Gesellschaft zur Verfügung steht. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß der nach Verbüßung seiner Strafe entlassene Häftling, der in den meisten Fällen dann ohne Existenzmittel dasteht, durch diesen Umstand zweifellos wieder dem Verbrechen anheimfallen würde. Der Staat aber hat das Recht, ja sogar die Pflicht, den gegen die Gesetze Fehlenden mindestens zu einem Theile für die sehr erheblichen Kosten seiner Inhaftierung durch Verwerthung seiner Arbeitskraft aufkommen zu lassen. Andererseits aber kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Gefängnisarbeit auch sehr bedenkliche wirtschaftliche Folgen hat, so daß alle arbeitervreundlichen Parteien und auch die Deutschen Gewerkevereine in ihren Musterstatuten auf eine zeitgemäße Reform der Arbeit in den Strafanstalten dringen, die gerade in den Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs sich als unabwendbare Nothwendigkeit darstellt.

Natürgemäß werden die Großunternehmer leichter und unter günstigeren Bedingungen diesbezügliche Kontrakte mit den Gefängnisverwaltungen abschließen können, wodurch deren Uebergewicht über die kleinen Unternehmer noch bedeutend verstärkt wird. Denn die Gefängnis-„Arbeiter“ sind billiger, sie können nicht streiken oder sonstwie durch gesetzliche Mittel eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erzielen. Auch für die Konsumenten hat die Gefängnisarbeit ihre bedenkliche Seite, da die Waaren, von ungeübten Arbeitern hergestellt, erheblich schlechter sind. Noch schlimmer aber sind die Folgen für die freien Arbeiter, deren Löhne durch den Wettbewerb der Strafanstalten herabgedrückt werden oder die, um den Gewinn ausfall wiedereinzubringen zu längerer Arbeitszeit angehalten werden. Das sind nicht theoretische Erwägungen, sondern Thatsachen, die dem praktischen Leben entnommen sind. Namentlich die Textilindustriearbeiter, aber auch andere, haben schwer unter der Konkurrenz der Gefängnisse zu leiden. So sollen allein 20 Berliner Firmen ungefähr 3000 Strafgefangene in der Wirkwarenindustrie beschäftigen. Die Löhne für Gefängnisarbeiter sind im Allgemeinen um die Hälfte geringer als die der freien Arbeiter, die doch gerade in diesem Erwerbszweige schon schlecht genug bezahlt werden. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Gefängnisarbeit auf die Preise und damit auf die

Arbeitslöhne ungünstig wirkt, ist eine Eingabe des Papierindustrievereins an den Justizminister, in der Beschwerde darüber geführt wird, daß einzelne Gefängnisverwaltungen sich durch Rundschreiben zur Anfertigung von Umschlägen, Kouverts, Kartons und dergl. zu Preisen erboten, die noch niedriger sind als die Selbstkosten der privaten Industrie.

Neuerdings zeigt sich die Konkurrenz der Gefängnisarbeiter noch in einem schlechteren Lichte. An mehreren Orten, wo die Arbeiter zur Eringung besserer Arbeitsbedingungen in den Streik einzutreten sich veranlaßt sahen, hat man, um den Widerstand derselben leichter brechen zu können, an ihre Stelle Gefangene eingestellt. Dies ist beispielsweise in Schneidemühl geschehen, als im April dieses Jahres dort die Maurer in den Streik eintraten und die Meister für die niedrigen Löhne keine Arbeitswilligen fanden. Ein Gesuch der Streikkommission, die Gefangenen vom Bau zurückzuziehen, wurde ablehnend beschieden, da es sich um Notharbeit handle. Auch während des erst kürzlich beigelegten Tabakarbeiterausstandes in Nordhausen sind für eine Fabrik Kantabakrollen von Insassen des dortigen Landgerichtsgefängnisses angefertigt worden. Es besteht gar kein Zweifel, daß auch anderswo Gefangene zu ähnlichen Zwecken verwendet werden. Auf diese Weise wird aber den freien Arbeitern nicht nur eine schwere Konkurrenz geschaffen, sondern es wird ihnen, was noch viel schlimmer ist, auch ihr Koalitionsrecht, die Möglichkeit, sich bessere Erwerbsbedingungen zu erringen, einfach geraubt. Mit allen gesetzlichen Mitteln muß daher ganz energisch darauf hingewirkt werden, daß derartige Eingriffe in die heiligsten Rechte der Arbeiter unbedingt für die Zukunft unterbleiben.

Aber damit nicht genug! Auch da, wo die Gefängnisarbeit nicht mit rechtlichen Nachtheilen für die Arbeiter verbunden ist, erheischt sie auf das Dringlichste einschneidende Reformen. Den ersten Schritt auf diesem Gebiete scheint die hessische Regierung thun zu wollen, deren Justizminister vor Kurzem eine Verfügung über die Beschäftigung der Gefangenen in den Strafanstalten erlassen hat. Daraus ist zu entnehmen, daß die dauernde Beschäftigung der Gefangenen thunlichst durch Arbeiten für den Staatsbetrieb zu sichern sei. Wo andere Beschäftigung nicht zu vermeiden ist, soll eine Regelung dahin erfolgen, daß die Interessen des Privatgewerbes möglichste Schonung erfahren. Insbesondere soll die Arbeit auf zahlreiche Geschäftsbetriebe vertheilt und, soweit zugänglich, im Stück- oder Tagelohn vergeben werden. Eine Unterbietung der freien Arbeit sei unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Anstaltsarbeit zu vermeiden. In der Regel dürfe die Arbeitszeit an den Werktagen mindestens 10 und nicht mehr als 11 Stunden betragen. Bezüglich des Verdienstes der Gefangenen wird bestimmt, daß ihnen für jedes an einem Tage vollendete Arbeitsmaß sowie für die an einem Tage geleistete Mehrarbeit ein Viertel des Verdienstes, insgesammt jedoch nicht mehr als 30 Pf., für den Arbeitstag gutgeschrieben werden.

Die ersten Sätze, in die Praxis umgesetzt, bedeuten unzweifelhaft einen, wenn auch geringen Fortschritt gegen den jetzigen Zustand. Es wäre also nur zu wünschen, daß die anderen Bundesregierungen dem von Hessen gegebenen Beispiele folgten, aber noch einige energische Schritte weiter gingen. Für die gegenwärtige Zeit allerdings heißt es, etwas radikal vorzugehen, denn außergewöhnliche Verhältnisse verlangen außergewöhnliche Maßnahmen. Wir meinen, daß angesichts der herrschenden Nothlage die Gefängnisarbeit auf das äußerste Mindestmaß beschränkt werden muß. Sie muß einstweilen für die Privatindustrie völlig aufgehoben werden, damit die sonst in den Strafanstalten verrichteten Arbeiten von Privatunternehmern ausgeführt werden, die so sich ihren Stamm von Arbeitern erhalten, beziehungsweise neue einstellen können. Die für die Anstalt und die Gefangenen selbst nothwendigen Arbeiten mögen letztere selbst besorgen, sie werden auch damit einige Stunden des Tages beschäftigt werden können.

Wir betonen jedoch ausdrücklich nochmals, daß wir auch hierin kein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit erblicken, wohl aber ein Moment, das im Verein mit den sonst von uns und anderer Seite vorgeschlagenen Maßnahmen jene schlimme wirtschaftliche Erscheinung wenigstens erheblich lindern kann.

Rundschau.

Wochenübersicht. Im großherzoglichen Palast in Darmstadt hat's eingeregnet. Der Großherzog Ernst Ludwig will sich von seiner Frau Viktoria Melitta

scheiden lassen.

Es klappt nicht! Und so wird die Scheidung wohl ausgesprochen werden. Gründe? Na, 's klappt eben nicht. Die Großherzogin ist Engländerin, eine Kousine des Kaisers. Nun ist erst kürzlich die Prinzessin Aribert von Anhalt in den Stand der Ehescheidung getreten und die ist auch mit dem Kaiser verwandt. Da wird man im Neuen Palais Sorge haben. Für das Bürgerthum beweist das aber, daß so eine Ehescheidung auch in den „besten Kreisen“ vorkommt.

Eine zweite Sensation ist das

Insterburger Duell.

Da wurde der Infanterie-Offizier Blaskowitz von dem Artillerie-Offizier Hilbebrandt todtgeschossen. Und weshalb? Der Infanterie-

Offizier war von seinen Kameraden von der Artillerie betrunken auf der Straße aufgelesen worden. Die von der Artillerie hatten den Betrunkenen nach seiner Wohnung geschleift. Da denkt der schon Betrunkene, er müsse noch etwas trinken. „Sie sind ja schon besoffen wie ein Schwein“, meint einer der Artilleristen. Der Infanterist springt sofort auf, „das ist für das Schwein“, sagt er und haut seinem Kameraden von der Artillerie „eine runter“. Der zweite Artillerist, auch ein Leutnant, intervenirt. Auch er wird von dem Betrunkenen in's Gesicht geschlagen. Duell. Leutnant Blaskowitz erschossen. Und am nächsten Tage wollte er heirathen. — Wir sind einfache Arbeiter, aber Ausdrücke wie „Schwein“, „besoffen“ usw. sind bei uns nicht gang und gebe. Traurig ist's, wenn so etwas „oben“ bei den Edelsten der Nation eingerissen ist.

Bald werden wir den

Reichstag

wieder begrüßen können. Na, zuerst wird's langweilig sein: Seemannsordnung und so die ollen Kamellen, die aus der früheren Sitzung zurückgeblieben sind. Aber denn kommt der Etat mit netten Sachen: Das Defizit, — es soll nach neueren Nachrichten nur 84 Millionen betragen, — aber es ist von anderer Seite schon auf 140 Millionen geschätzt worden. Es ist aber allfällig klar, daß es nicht zugelangt hat und das werden die Steuerzahler schon zu fühlen bekommen. Umsonst sind wir nicht nach China hinüber gedampft, umsonst haben wir die astronomisch-chinesischen Instrumente nicht „erbeutet“, umsonst war der „Sühneprinz“ auch nicht. Man sieht, daß man nicht nur Heldenthaten verrichten lassen kann, sondern daß man auch noch Steuern für zahlen muß.

Der lieben

Königin von Holland

ist etwas Unangenehmes passiert: sie hat zu frühzeitig entbunden und nun ist sie krank. Im Februar hat sie einen meklenburgischen Prinzen geheirathet und ganz Holland rechnete auf einen Thronfolger, denn „uns Wilhelmian“ ist sehr beliebt im Lande und da sie die Königin ist und ihr „Prinz Gemahl“ in der Politik der Niederlande nichts zu sagen hat. Nun hatten die braven Kaufleute von Amsterdam, die Fischer vom Zuider-See, die Tellerfabrikanten von Delft auf einen Thronerben gewartet. Das war vergeblich!

Ueber den zeitigen Nothstand im Berliner Holzgewerbe berietten vor Kurzem in geheimer Sitzung die Vorstände der „Berliner Tischlerinnung“, der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“, des „Zentralverbandes der Bauischlermeister“, des „Bereins selbstständiger Fabrikanten für Ladeneinrichtungen und Kontormöbel“, sowie des „Bereins der Fraiseriebesitzer und verw. Gewerbe zu Berlin“. Ueber den Verlauf der Sitzung macht der Ausschub nachfolgende Mittheilungen: „... Dessen war man sich aber allgemein bewußt, daß ein spezieller wirtschaftlicher Niedergang für das Holzgewerbe keineswegs zu verzeichnen, sondern daß nur die allgemeine geschäftliche Bedrängniß auch die Holzindustrie trifft insofern, als die Stockung des Geldumsatzes einen geringeren Waarenumsatz zur Folge hat. Ueber die Art der Abhilfe entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Während der eine Theil der Versammlung für eine solidarische und öffentlich proklamirte Nothstandsaktion eintrat, waren die anderen für ein „privates Vorgehen von Fall zu Fall“. Darin jedoch war man sich einig, daß die geschäftliche Krisis noch lange nicht ihren Tiefstand erreicht habe, so daß bei gegebenen Verhältnissen die Mehrzahl der Berliner Tischlermeister, — insbesondere der Möbelbranche, — dem sicheren Ruin entgehen würde, sobald es nicht gelingen sollte, die Entwerthung der Tischlerarbeiten durch Verbilligung der Produktion auszugleichen. Zu den Unkosten gehörten jedoch in erster Linie die Arbeitslöhne, da sie neben dem Rohmaterial den größten Prozentsatz derselben darstellen. Der Standpunkt der Holzgewerbetreibenden Berlins sei, daß der Arbeiter eine menschenwürdige Existenz führen müsse. „Wie aber steht es“, so fährt der Bericht des Vorstandes fort, mit dem vor dem Einigungsamt nach dem letzten Streik festgesetzten Minimallohn? Hier wäre eine Revision der Vereinbarungen mit Rücksicht auf die abnormalen Verhältnisse im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geboten.“ — In der Sitzung wurde eine Arbeitgeberkommission, in welcher je zwei Vorstandsmitglieder der fünf Meisterorganisationen vertreten sind, gewählt. Diese soll mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Verbindung treten und über vorbeugende Schritte berathen.

Eine Umfrage über die Arbeitslosigkeit in Berlin stellt der Magistrat an. Er hat durch sein statistisches Amt ein Rundschreiben an die kaufmännischen und gewerblichen Vereinigungen gerichtet mit dem Ersuchen, baldmöglichst mittheilen zu wollen, 1. wie viel Arbeiter (männliche und weibliche) in den im Verein befindlichen Betrieben am Anfang November d. J. etwa beschäftigt gewesen sind, 2. wie sich diese Zahlen für die einzelnen Monate bis zu Anfang November v. J. zurück stellen; 3. ob gegen früher eine Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Verhinderung von Arbeiterentlassungen eingeführt worden ist. Bezüglich der Heimarbeiter wird die schätzungsweise Angabe der Zahlen von Anfang November 1900 und Anfang November 1901 gewünscht. Die über die einzelnen Betriebe eingehenden Nachrichten werden geheim gehalten.

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin geht sicher bis in die Zehntausende. Man besuche nur die Stellen, auf denen die Arbeitsmärkte gratis ausgegeben werden und sehe, wie sich die Jagd nach einer ausgeschriebenen Stelle vollzieht. Die beim Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweis eingegangenen Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes im September lauten schon trübselig genug — und jetzt ist November, der eine bedenkliche Verschlechterung gebracht hat. Im September giebt's ja immerhin noch Arbeit wegen des Umzuges und insofern sind hin und wieder noch Lichtblicke in den Berichten zu entdecken. Die Bauarbeiter (20 393 organisiert) melden: Bei Bauarbeitern, Zimmerern, Maurern, Ruzern und Steinarbeitern werden ca. 1000 Arbeitslose gemeldet. Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen und müssen viele Zimmerer abreisen. Von den Steinseklern werden noch 10 Proz. Arbeitslose gemeldet, dagegen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften bei Dachdeckern und Töpfern eine anhaltende, Arbeitslose nur vereinzelt. Die Arbeiter der künstlerischen Betriebe (2450 organisiert) geben folgendes interessante Stimmungsbild: Bei Kynographen, Graveuren und Biseleuren sehr flau, bei Photographen etwas besser wie im August. Die Musiker melden, daß, wo sonst 10—20 Musiker zu Festlichkeiten verlangt wurden, jetzt nur 4—10 gewünscht werden. Die Arbeiter der Handelsbranche (13 162 organisiert) berichten: Lage des Arbeitsmarktes andauernd schlecht, so daß der Verein für weibliche Angestellte die Vermittlung für Nichtmitglieder auf einige Zeit einstellen mußte.

Unseren Kollegen von der Maschinen-Industrie geht es ebenfalls sehr schlecht. Fast an allen Orten, namentlich aber in den Hauptzentren der Metall- und Maschinen-Industrie, so in Chemnitz, Magdeburg, im Solinger Bezirk usw., ist eine erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt, die sich auf mehr als ein Drittel der Gesamtzahl erstreckt. Die Wirkungen der Krise beschränken sich aber nicht auf die bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sie führen zu erheblichen Entlassungen und steigern die Zahl der Arbeitslosen. Von 83 000 Arbeitern, für die Angaben vorliegen, sind 11 150 ohne Beschäftigung, d. h. 13,9 Prozent — ein Prozentsatz, der allerdings nicht ohne Weiteres auf die Million Metallarbeiter, die es in Deutschland im Ganzen giebt, verallgemeinert werden darf. Dazu kommt endlich die Reduktion der Lohnsätze. Fast in allen größeren Betrieben werden Lohn- und Akkordabzüge gemacht. Am schärfsten gehen die Akkordsätze zurück. Lohnherabsetzungen haben bisher in Orten mit zusammen 80 000 Arbeitern stattgefunden.

Holzeinfuhr auf der Weichsel aus Rußland. Die diesjährige Holzeinfuhr auf der Weichsel aus Rußland nähert sich ihrem Ende. Die letzte Woche hatte nur an zwei Tagen Holzeinfuhr aufzuweisen. Es passierten die Grenzen von Schilno 16 Tristen mit 30 806 kiefernen Balken, Mauerlatten und Limbern, 10 357 kiefernen Schlepfern, 20 826 kiefernen Schwellen, also zusammen 61 989 kiefernen Hölzern; ferner 4650 tannenen Balken und Mauerlatten und 14 862 Stück eichenen Hölzern, darunter 6953 Rundkloben- und 3096 andere Schwellen. — Im Monat Oktober gingen im Ganzen ein 87 Tristen mit 299 719 Stück Hölzern gegen 148 Tristen mit 293 616 Stück Hölzern im Monat September. Demnach ist die Einfuhr im Monat Oktober noch um rund 6000 Stück Hölzer stärker gewesen, als im Monat September. In kiefernen Hölzern wurde sie sogar um rund 38 000 Stück überholt, während sie in tannenen Hölzern um 13 000, in eichenen um 10 000 und in Laubrundhölzern um 8000 Stück zurückblieb.

Lehrlingszuchterei. Das Gewerbegericht in Dresden hatte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit einer Lehrlingszuchterei zu beschäftigen, die hoffentlich vereinzelt dastehen wird. Die Zigarettenfabrik „Ali Pascha Nachfolger“ pflegte in den Dresdener Zeitungen unter der Aufschrift „Lohnender Verdienst“ Lehrlinginnen und Lehrlingfrauen zu suchen. Die Fabrikleitung versprach die sich Meldenden zu perfekten Zigarettenmacherinnen auszubilden, und ließ sich von diesen meist in den dürftigsten Verhältnissen lebenden Personen sechs Mark Lehrgeld bezahlen. Die Ausbildung der Lernenden soll sich jedoch nur auf die Anfangsgründe der Zigarettenfabrikation erstrecken; eine Verwendbarkeit des Gelernten als Erwerb soll deshalb meistens ausgeschlossen sein. Mehrere dieser Frauen verklagten aus diesem Grunde die genannte Firma auf Herausgabe des Lehrgeldes. Das Gericht stellte hierbei fest, daß die Firma vom 16. April bis etwa 15. September nicht weniger als 114 Lehrlinginnen und Lehrlingfrauen annahm, von denen sie sich 784 Mk. „Lehrgeld“ zahlen ließ. Die Angelernten zu beschäftigen war die Firma nicht imstande. Das Gericht rügte ihr Verfahren scharf und verurteilte sie zur Zurückzahlung des Lehrgeldes.

Beim Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin vermehrten sich, wie in der letzten General-Versammlung hervorgehoben wurde, die Gesuche um Arbeit während des letzten Jahres auf 47 732 (gegen 39 177 im Jahre vorher). Stellen konnten 38 393 (30 363) besetzt werden. Ungelernte Arbeiter meldeten sich 37 729 (29 011), verlangt wurden 29 458 (20 972), besetzt durch geeignete Kräfte konnten 26 593 (19 976) Stellen werden. Bonngelernte Arbeiter meldeten sich: Maler 9655 (8747), Stellen waren vorhanden: 13 596 (8299),

besetzt konnten nur 7696 (6712) werden. Schlosser gemeldet 2673 (1696), vorhandene Stellen 1915 (1180), besetzt wurden 1455 (862) Stellen. Klempner gemeldet 1069 (1174), vorhandene Stellen 847 (774), besetzt wurden 715 (708) Stellen. Beim weiblichen Arbeitsnachweis, bei welchem sich die Vermittlungstätigkeit des Vereins in der Hauptsache auf den Nachweis von Druck- und Papierarbeiterinnen und Metallarbeiterinnen beschränkte, hat ein Rückgang stattgefunden. Es ließen sich einschreiben 3155 (gegen 3386 im Vorjahre), verlangt wurden 2224 (2360) Arbeiterinnen, besetzt wurden 1934 (2105) Stellen. Neu gebildet wurde ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Wäschereinigungs- und Plättgewerbe.

Internationale Streikstatistik. Die Ausstandsbewegung hat während des Monats August kaum eine Veränderung in den Ländern erfahren, für die statistische Aufzeichnungen vorliegen. Nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ betrug in Deutschland, Belgien, Frankreich und England die Zahl der Streiks 97, genau so viel wie im Juli. An den Streiks in Belgien, Frankreich und England beteiligten sich 15 950 Arbeiter gegen 15 637 im Juli. — In Italien streikten an verschiedenen Plätzen, so in Rom und Neapel, die Angestellten der Straßenbahnen. Im Ausstand befanden sich auch die Flaschenarbeiter einer der größten Glasgießereien in Sarzana (Liguria). Die Arbeiter wollen einen Tarif für die in diesem Zweige der Glasindustrie zum ersten Mal eingeführte Maschine durchsetzen. In den vereinigten Staaten ist die Ausstandsbewegung stark zurückgegangen. Der Ausstand der Schneider wurde erfolgreich beendet: die Arbeitgeber sind gezwungen, nur Mitglieder der Schneiderorganisation zu beschäftigen. Der Ausstand der Stahlarbeiter endete dagegen am 14. September mit einer Niederlage der Streitenden.

Den Kollegen von der gewerkschaftlichen „Holzarbeiter-Ztg.“ ist — es ist kaum glaublich, daß so etwas bei den sozialistischen Ueberbrett'l-Menschen vorkommen kann, — etwas Unangenehmes passiert. Wir wollen uns darüber nicht aufregen, sondern geben folgende Darstellung des Organs der Schriftsetzer, des Leipziger „Korrespondent“, wieder:

Das Verbandsorgan der Holzarbeiter berichtete kürzlich über einen Vorgang, der für das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsangehörigen und Fachpresse überaus typisch ist. Ein Sektionsführer der Hamburger Drechsler sandte nämlich eine Kritik der Zustände in einer Fabrik zur Veröffentlichung ein, die Redaktion erkundigte sich vorsichtigerweise über deren Richtigkeit und da in der Verwaltungssitzung bereits alles zur Sprache gebracht war, so erfolgte die Aufnahme. Nun sendet die Fabrik eine Berichtigung mit dem wohlmeinenden Rathe, die Verwaltung am Orte hätte sich vorher besser informieren sollen, ehe sie Unwahrheiten verbreiten ließ. Die Holzarbeiter-Zeitung verlangt darauf eine eingehende Untersuchung von der Verwaltung und diese sendet — den Urheber und Verfasser der Notiz zu dem beleidigten Fabrikanten. Der talentvolle Sektionsführer weiß sich aber auf wirklich ingeniosse Weise aus der Patsche zu helfen. Nachdem er sich von der Unhaltbarkeit seiner Klagen an Ort und Stelle überzeugen mußte, setzt er sich hin und schreibt eine lange Richtigstellung, in derselben Wort für Wort seine früheren Behauptungen zurücknehmend. Dieser Richtigstellung gab er frecher Weise die Form einer Redaktionserklärung, die er dann — man lese und staune — mit der ernstlichen Mahnung schließt: „Unsere Kollegen aber möchten wir ersuchen, bei ihren Berichterstattungen doch etwas gewissenhafter zu sein. Hiermit mag nun die Sache für beide Theile erledigt sein.“ Das ist doch starker Tabak! Dieser Fall übertrifft wohl sicher alles Dagewesene, wenn auch sämtliche Gewerkschaftsredakteure dieses Kapitel bereits mit netten Nummern zu belegen vermögen. Die Unwahrhaftigkeit bei Schilderung von Mißständen im Arbeitsverhältnisse ist eine bedenklich große, wie das Gefühl der eignen Verantwortlichkeit bei der Arbeiterschaft in solchen Fällen erschreckend gering ist. Auch wir haben diesbezüglich schon die unglaublichsten Dinge erlebt, so daß von der früher geübten Schonung jetzt nur noch schwacher Gebrauch gemacht wird.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Es ist das Verdienst der Schweiz, auf diesem noch sehr strittigen Gebiet der Arbeiterversicherung, die auch bei uns immer mehr an Bedeutung gewinnen wird, die ersten gesetzgeberischen Vorstöße gewagt zu haben. Dort hat die Auffassung die Ueberhand gewonnen, daß hier eine soziale Verpflichtung der staatlichen Gemeinschaft vorliegt, Abhilfe zu schaffen. Im Allgemeinen ist man einig darüber, daß die erste Vorbedingung für eine Lösung der Frage die Regelung des Arbeitsnachweises bilde. Auch darüber ist man einig, daß zur Vermeidung von Simulation und Inanspruchnahme übermäßiger Mittel jede Unterstützung an Arbeitslose nach Beginn, Höhe und Dauer bestimmt umgrenzt sein, d. h. zunächst eine gewisse Wartezeit der eigenen Fürsorge jedes Einzelnen überlassen bleiben und die dann eintretende Unterstützung nach Art der Entschädigungen der sonstigen Arbeiterversicherungszweige zwar hinter dem ortsüblichen Lohn zurückbleiben, aber doch für eine gewisse Uebergangszeit die wirtschaftliche Existenz sichern müsse. Die Ansichten über die Ausgestaltung der erforderlichen Organisation und die Aufbringung der Mittel gehen noch sehr weit auseinander.

Die Einen glauben, Beides den Arbeitern selbst überlassen zu sollen, andere wollen die Lasten den Unternehmern auferlegen. Dagegen wenden sich die Industriellen, weil die zeitweise Einschränkung oder Einstellung der Betriebe meist nicht von ihrem Belieben abhängt, sondern durch die allgemeinen Marktverhältnisse erzwungen werde. Zwei andere Richtungen wollen statt der berufsgenossenschaftlichen Kreise die Gemeinde oder den Staat in Anspruch nehmen, je nachdem die Lösung der Frage nur im engeren örtlichen Kreise oder auf breiter Grundlage für das ganze nationale Wirtschaftsgebiet erfolgen soll. Der bekannte Sozialpolitiker Bacher machte schon 1892 den Vorschlag, die deutschen Berufsgenossenschaften und Innungen nach dieser Richtung hin zu verwerthen.

Technisches.

Auch für die Korb- bezw. Weidenindustrie werden die Aussichten immer trüber, da von allen Seiten mit Repressalien gedroht wird, falls der neue Zolltarif Gesetz werden sollte, und zwar auch dort, wo man es am wenigsten erwartet hatte, nämlich in den Niederlanden. Hier gilt es also auch, auf dem Posten zu sein, damit nicht neben dem Verlust der Ausfuhr noch obenein die Einfuhr geschädigt werde.

Für die Korbmacherei ist zwar die Einfuhr aus den Niederlanden nicht gerade erheblich, denn es wurden, wie die Korb- und Weidenindustriezeitung berichtet, im vorigen Jahre von dort nur 461 Dz. an groben Korbwaaren eingeführt, während nach dorthin 1197 Dz. grobe und 1198 Dz. feine Korbwaaren ausgeführt wurden; hingegen wurden an Weidenstöcken 4524 Dz. ungeschälte und 1654 Dz. geschälte von dort eingeführt, während von hier auch nicht ein einziger Zentner nach dort ausgeführt wurde. Würde uns nun aber der holländische Markt für unsere Korbwaaren erhalten bleiben, so müßten wir uns wohl oder übel auch die Einfuhr der dortigen Weiden gefallen lassen, erschwert oder verhindert man jedoch den Absatz für unsere Korbwaaren, so ist es nur gerechtfertigt, wenn unseren Weidenzüchtern wenigstens die Konkurrenz vom Halse gehalten wird. An ein Steigen der Weidenpreise durch Erschwerung der Einfuhr ist unter den gegebenen Umständen trotzdem nicht zu denken, denn durch den zu erwartenden Zollkrieg wird der Export an Korbwaaren derartig geschädigt werden, daß der Minderverbrauch an Material im Inlande größer sein wird, als die gegenwärtige Einfuhr.

Es ist daher auch durch die allgemein ungünstige Geschäftslage das Weidengeschäft beeinflusst. Zwar ist bei weißen Weiden, welche sich zum größten Theil in festen kapitalkräftigen Händen befinden, von einem Preisrückgang noch nichts zu spüren, bei grünen Weiden macht sich jedoch die Ungunst der Verhältnisse schon stark bemerkbar. Obgleich die Verkäufer noch mit Ermäßigung der Preise zurückhalten, so scheint es doch unausbleiblich, daß sie später zum Nachgeben gezwungen sein werden, umso mehr, als die chemischen Fabriken jetzt auch von der allgemeinen Kalamität ergriffen worden sind, und deshalb sehr wenig Bedarf an Ballonkörben, dem Hauptartikel der Grünkorbmacherei, vorhanden ist. Außerdem ist die diesjährige Ernte auch besser ausgefallen als die der letzten beiden Jahre, aus einzelnen Gegenden wird sogar der Wuchs der Weiden als außerordentlich gut bezeichnet.

Bei Stehleitern legt man Gewicht besonders darauf, daß sie bei möglicher Tragfähigkeit und Steifheit ein thunlichst geringes Gewicht besitzen; denn die sie benutzenden Frauen wollen entweder sich nicht mit dem Tragen einer schweren Leiter anstrengen, oder sie können in der That auch mitunter schwerere Stücke nicht tragen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände hat Theodor Homey in Essen a. d. Ruhr eine Leiter konstruirt, bei welcher das Gewicht gegenüber den bisher benutzten Leitern bedeutend herabgesetzt ist. Es wird dies in einfacher Weise dadurch erreicht, daß die Holme der Leiter eine besonders tragfähige Konstruktion erhalten und zwar dadurch, daß dieselben aus drei Lagen zusammengeleimt sind. Die drei Lagen sind so angeordnet, daß die Faserrichtungen des Holzes gekreuzt liegen. Die Faserrichtung der beiden äußeren Lagen verläuft in der Längsrichtung der Holme, während die der mittleren Lage quer gerichtet ist. In Folge dessen können die Holme schwächer und die zwischen den Stufen vorgesehenen Aussparungen größer gemacht werden, wodurch an Gewicht nicht unbedeutend gespart wird. Herr Homey hat sich die neue Stehleiter durch Gebrauchsmuster schützen lassen. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureau Richard Lüders in Görlitz.)

Von all den bisher erschlossenen Goldfeldern ist zufolge der letzten genauen Aufstellung über die gewonnenen Mengen an Edelmetall entschieden Transvaal das begünstigste; denn einer kürzlichen Veröffentlichung zufolge sind die im Monat März gemachten Funde auf 40 000 Unzen angewachsen, gewiß eine ungeheure Summe. Die Gesamtmenge der dort gefundenen kostbaren Metalls beläuft sich jetzt, nach einer Mittheilung des Patentbureaus von S. & W. Palaty,

Berlin, wenn man nach Unzen rechnet, annähernd auf 500 000, während der letzten Mittheilung zufolge der Abschluß des Monats März 36 000 Unzen allein betrug. Dieses Resultat ist um 28 561 Unzen höher als das des Monats Dezember, welcher in dem Jahre 1898 als ein besonders ertragreicher angesehen wurde. Man kann kaum diese ungeheure Menge mit denen anderer Goldfelder vergleichen und wird voraussichtlich Transvaal für lange Zeit allen anderen Goldquellen voran stehen. Der Werth dieser ca. 500 000 Unzen Gold beträgt annähernd 1 760 000 £ (8 584 000 Dollar) und der Export desselben von Süd-Afrika heute ungefähr 430 000 £ (2 265 000 Dollar) für jede Woche.

Aus den Ortsvereinen.

Göppingen. Der hiesige Ortsverein der Tischler hielt am Montag, den 4. November, Abends 8 Uhr, anlässlich der Anwesenheit des Genossen B a m b a c h (Berlin) eine öffentliche Versammlung ab, welche nicht besonders gut besucht war. Genosse D i l l eröffnete dieselbe, hieß die Anwesenden willkommen und ertheilte, nach Mittheilung der Tagesordnung, dem Genossen B a m b a c h zum ersten Punkte das Wort. Letzterer gab zunächst der Versammlung bekannt, daß er beim Kassirer eine Bücher- und Kassenrevision vorgenommen, und Alles in bester Ordnung vorgefunden habe, hierzu die Mitglieder beglückwünschend. Hierauf lenkte der Referent seine Worte auf das Thema „Zweck und Ziele des Gewerkevereins“, und schilderte in 1 1/2 stündiger Rede die Stellung der Gewerkevereine bei entstehenden Arbeitseinstellungen und die von denselben gezahlten Unterstützungen aus diesen Anlässen, bei dieser Gelegenheit auf die Leistungen des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen gegenüber anderen Organisationen hinweisend. Nicht nur bei Streiks, sondern auch bei Arbeitslosigkeit, bei unverschuldeter Nothlage, bei Reisen, Wanderschaft und Uebersiedelung, durch Rechtsschutz und Bildungsbestrebungen unterstützt der Gewerkeverein seine Mitglieder in ausgiebigster Weise, und zeigt Redner durch Zahlenmaterial der letzten fünf Jahre, daß der Gewerkeverein der Deutschen Tischler seinen Mitgliedern 48 Prozent der Einnahme an Beiträgen zurückgewährt, während der Holzarbeiterverband nur annähernd 43 Prozent zurückgibt, obwohl der letztere zehnmal so groß ist als unser Gewerkeverein. Zum Schlusse seines Vortrages ermuntert er die Mitglieder, fleißig dafür zu sorgen, daß neue Mitglieder gewonnen werden und ersucht, daß die indifferenten Kollegen aufmerksam gemacht werden, einer Organisation beizutreten. — In der Diskussion nahm auch ein Gewerkschafter das Wort, und suchte in einigen Punkten die Aufstellungen des Referenten zu widerlegen, was demselben aber nicht gelang, da Genosse B a m b a c h darauf mit treffenden Beweisen demselben entgegenete. — Da die Tagesordnung erledigt, und sich Niemand weiter zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende um 11 1/2 Uhr die Versammlung. J o h. S t i e l, Sekretär.

Stettin. Der am Schluß meines Berichts in Nr. 44 der „E i c h e“ gegebenen Andeutung ist die That sehr schnell gefolgt, denn schon nach wenigen Tagen wurde sämmtlichen Arbeitern der Oberwerke angekündigt, daß vom 30. Oktober ab der Stundenlohn gekürzt würde, bei einem Stundenlohn bis zu 20 Pfg. um 1 Pfg., über 20 Pfg. um 2 Pfg., und über 30 Pfg. um 3 Pfg. Doch hiermit noch nicht genug. Bisher konnten, wenn der Akkord von den Meistern nicht zu sehr gedrückt war, noch bis 50 Prozent über den Lohn verdient werden, aber auch das ist jetzt auf 35 Prozent herabgesetzt worden, so daß der tägliche Verdienst um 80 Pfg. bis 1 Mk. unter dem früheren steht; ob's hierbei aber noch bleiben wird, muß auch noch abgewartet werden. Infolge dieser Lohnreduktion wurden nun verschiedene Branchen, so auch die Tischler, bei der Direktion vorstellig. Die Kommission erklärte, wenn es nicht anders möglich, sich mit Verkürzung der Arbeitszeit, sowie auch mit 35 Prozent Lohnzuschlag bei Akkordarbeiten einverstanden, jedoch den alten Lohn beizubehalten. Die Direktion ließ sich jedoch hiermit nicht ein, sondern erklärte, sie sehe wohl Alles ein, könne aber nicht anders handeln, denn auch ihr erginge es nicht besser. Wenn erst wieder neue Aufträge eingegangen wären, solle der Lohn auch wieder erhöht werden. Doch darauf werden wir lange warten können, denn jeder Kollege wird wohl wissen, wie schwer es hält, einen Pfennig zu bekommen, während das Kürzen von mehreren Pfennigen den Unternehmern ein Leichtes ist. Wenngleich auch der veröffentlichte Jahresabschluß kein günstiger ist, so hätte das Verhältnis doch wohl anders geregelt werden können, als wie dem Arbeiter den künftigen Lohn zu drücken, da dieser doch selbstverständlich keine Schuld an der schlechten Geschäftslage trägt, nun aber in erster Linie dafür büßen soll. Warum wird, wenn Kürzungen nothwendig, nicht an erster Stelle angefangen? Denn es ist nicht bekannt geworden, daß auch nur einem Beamten, und deren sind es hier auch gerade nicht wenig, das Gehalt gekürzt wäre. Auch mit der mangelnden Arbeit kann es noch nicht so arg sein, denn es wurde von dem Tage, an welchem der Lohn gekürzt, wieder 10 Stunden gearbeitet; auch in andern Branchen werden häufig Ueberstunden gemacht, anstatt weitere Arbeiter einzustellen. Ueber dieses Vorgehen wurde auch in drei öffentlichen Versammlungen am Sonntag, den 3. November, verhandelt und eine Resolution angenommen, in welcher gegen das Vorgehen der Schiffswerften und industriellen Werke an der Ober protestirt

wurde, daß die Löhne gekürzt und viele Entlassungen stattfinden. Augenblicklich läßt sich aber hier nichts unternehmen. Doch darf wohl vorausgesetzt werden, daß die Mitglieder sich diese Maßnahmen zur Notiz nehmen und mehr wie bisher für die Organisation eintreten, um unsere Reihen zu stärken, damit in Zukunft solchem Vorgehen mit Nachhalt entgegengetreten werden kann. H. N i m z, Vorsitzender.

Mannheim. In der am 26. Oktober stattgehabten, gut besuchten Ortsvereinsversammlung in der Wirtschaft „Zur Stadt Worms“ stand auf der Tagesordnung u. A.: Vortrag des Genossen S c h e n d über „Das neue Gewerbegerichts-Gesetz.“ Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt, begrüßte der Vorsitzende, Gen. M ü n c h, den Stadtverordneten, Genossen S c h e n d, sowie mehrere Mitglieder vom Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter II, die als Gäste anwesend waren, und erteilte dann dem Referenten das Wort. Redner wußte in seinem 1½ stündigen Vortrag die Aufmerksamkeit aller Anwesenden auf sich zu lenken. Er machte den Genossen verständlich, wie und wann dieses Gericht entstanden, was für Rechte und Vortheile dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer zu Gebote stehen, und unter welchen Umständen das Gewerbegericht in Anspruch genommen werden kann. Haupt-sächlich mußte dieses Gericht als Einigungsamt fungiren, um bei etwaigen Streitigkeiten, bei Lohndifferenzen u. s. w. einen Vergleich herbeizuführen, was für beide Theile doch oft von großem Nutzen sei. — Die Diskussion war eine sehr lebhaft und wurden im Verlauf derselben verschiedene Fragen an den Referenten gestellt, welche von diesem sehr sachlich beantwortet wurden. Am Schluß dankte der Vorsitzende dem Genossen S c h e n d für seinen sehr lehrreichen Vortrag, worauf Schluß der Versammlung um 11½ Uhr Nachts eintrat.

F e r d. M e z m a i e r, Sekretär.

Langenöls. Am Sonnabend, den 26. Oktober, hielt unser Ortsverein gemeinsam mit dem Ortsverein der Maschinenbauer ein Familienfränzchen im Vereinslokale bei Herrn Pfeiffer ab. Zur besonderen Freude gereichte es uns, daß unser Generalrathsvorsitzender, Genosse B a h l k e (Berlin), an demselben Tage hier eintraf und dem Feste beiwohnen konnte. Im Verlauf des Abends hielt derselbe eine Ansprache und ersuchte die indifferenten Kollegen, sich unserem Gewerkverein anzuschließen, wofür ihm reichlicher Beifall zu Theil wurde. — Sonntag Nachmittags 4 Uhr fand im gleichen Saale eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung statt, in welcher Gen. B a h l k e über den Werth der Berufsorganisation mit besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen im Gewerkverein der Deutschen Tischler referirte. Redner legte klar, wie gerade der jetzige schlechte Geschäftsgang die Arbeiter von der Nothwendigkeit überzeugen müsse, in eine Berufsorganisation einzutreten, welche wirklich im Stande ist, auf gesetzmäßigem Wege ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sowie auch den Familienangehörigen in schweren Zeiten eine starke Stütze zu sein. Eine solche Organisation sei der Gewerkverein der Deutschen Tischler, dessen vortheilhafte Einrichtungen bei geringen Beiträgen immer mehr Anklang finden. Referent wies auf die Zuschuß- als auch Begräbniskasse hin und gab durch Zahlen bekannt, wie segensreich sich die Einrichtungen des Gewerkevereins unseren Mitgliedern gegenüber schon bewährten. Zum Schluß ersuchte Genosse Bahlke die Anwesenden, soweit es noch nicht geschehen, zum Beitritt in unsern Gewerkverein. — Reichlicher Beifall lohnte dem Vortragenden und wurde demselben durch Erheben von den Plätzen noch besonders gedankt. — Da nun auch eine Anzahl Holzarbeiterverbändler anwesend waren, fand eine recht ausgedehnte Diskussion statt, in welcher die Herren Auckkollegen zwar gegen die Ausführungen des Referenten nichts einwenden konnten, dennoch aber die Einrichtungen in unserem Gewerkverein kritisirten und mehrfach wieder die alten, längst vergessenen Sachen auf's Tapet brachten, wie z. B. den Schmöllner Streit, über welchen sie sich ja natürlich einer sehr gründlichen Belehrung durch den Referenten ausgefetzt sahen, so daß sie ein zweites Mal wohl nicht darauf zurückkommen werden. Recht interessant war es, als sich die Herren Auckkollegen mit einer Unterstützung bei Arbeitslosigkeit rühmen wollten, daß unser Referent nachwies, eine solche sei statutarisch nicht festgesetzt. Infolge verlangten Beweises in ihren Statuten wurde auf § 4 verwiesen, der natürlich durch den Zusatz d) eine Hintertür enthielt, dahingehend: „es kann gezahlt werden“. Hier wies der Referent jenen Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes die Haltlosigkeit ihrer Entgegnungen nach, so daß diese es vorzogen, sich zurückzuziehen. Wir können über die Erwiderung und Zurechtweisung seitens unseres Referenten nur unsere größte Zufriedenheit aussprechen, indem die Herren Verbändler mit ihren Angriffen gründlich abfielen, da sie vorher geglaubt, mit ihrer „Musterorganisation“ ein ganz anderes Resultat zu erzielen. Nach Schluß der Rednerliste konnte die Versammlung Abends gegen 8 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen werden. Unseren Mitgliedern rufen wir aber zu, neu gestärkt eifrig weiter zu agitiren, um immer mehr Mitglieder unserem Gewerkverein zuzuführen, denn Einigkeit macht stark. Herrn B a h l k e nochmals besten Dank. H. K e n n e r, Sekretär.

Rudolstadt. Die am 25. Oktober hier stattgefundene öffentliche Versammlung, in welcher der Generalsekretär B. B a m b a c h (Berlin) über „Zweck und Ziele der Gewerkevereine“ referirte, war gut besucht. Der Referent gab in etwa einstündigem Vortrag ein Bild der heutigen Produktionsverhältnisse, indem sich die Arbeitgeber in Verbänden zusammenschließen, wodurch die Arbeitnehmer gezwungen werden, sich ebenfalls zur Wahrung ihrer Interessen zu vereinigen. Redner empfiehlt hierzu den Gewerkverein der Deutschen Tischler und verw. Berufsgenossen, welcher für einen Wochenbeitrag von 15 Pf. seinen Mit-

gliedern durch die Ausstands-, Reise- und Wanderunterstützung, sowie durch Rechtsschutz, Ueberstellungshilfe und Arbeitslosenunterstützung hilfreich zur Seite steht. Während seiner 32-jährigen thätigen Tätigkeit war es dem Gewerkverein der Deutschen Tischler möglich, seine Unterstützungskassen zum Wohle der Mitglieder immer mehr auszubauen, so daß unsere Organisation, trotz aller gegnerischen Behauptungen, mit vollem Recht als die leistungsfähigste bezeichnet werden kann. Zum Schluß ermahnt Redner die Mitglieder der Zuschußkasse, mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstande zu bleiben, indem der behördliche Revisor jetzt außerordentlich streng vorgeht und die resignirenden Mitglieder ohne Weiteres gestrichen würden. — In der sich anschließenden Diskussion, in welcher der Holzarbeiterverband, die Gewerbegerichte sowie die Gewerkevereine in Sachsen berührt wurden, hatte der Redner noch Gelegenheit, mehrere an ihn gestellte Fragen zu beantworten. E. S.

Elbing. Zu einer großartigen Versammlung gestaltete sich die am 10. November nach dem „Gewerbehaufe“ einberufene öffentliche Gewerkevereinsversammlung. Ein wohl selten vorkommender Zufall brachte uns an einem Tage zwei Referenten, da von Seiten des Generalraths des Gewerkevereins der Maschinenbauer Genosse T r a b e r t (Leipzig) beauftragt war, eine Agitationstour nach dem Osten zu unternehmen und demgemäß auch Elbing berühren mußte, andererseits aber auch Genosse L u n g f i e l (Danzig) auf unseren Wunsch in einer öffentlichen Versammlung sprechen wollte. Die Versammlung mußte, Lokalverhältnisse halber, gemeinschaftlich abgehalten werden. Der Vorsitzende des Ortsvereins der Maschinenbauer, Genosse G h e r t, eröffnete die Versammlung und erteilte Genossen T r a b e r t das Wort zu seinem Vortrage über „Die Zollvorlage und welches Interesse haben die Arbeiter an den Handelsverträgen.“ Der Referent erledigte seine Aufgabe in glänzender Weise und fesselte die stark besuchte Versammlung (es waren über 300 Personen anwesend) in anregendster Weise. — Nach einer Pause von fünf Minuten erteilte der Vorsitzende, Genosse F. M a t t e r n, vom Ortsverein der Tischler, der nunmehr den Vorsitz übernahm, Genossen D. L u n g f i e l (Danzig) das Wort zu seinem Vortrage, und zwar über: „Der Werth der Berufsorganisation und die wirtschaftliche Krise.“ Auch dieser Redner erledigte sein Referat in der besten Weise. — Eine Diskussion über den ersten Vortrag fand nicht statt, da ein Jeder mit den Ausführungen einverstanden war. Der zweite Vortrag rief eine eigenartige Debatte hervor, an welcher sich auch die erschienenen Verbändler beteiligten und wieder ihre alten Phrasen vorbrachten. Diesen Kollegen wurde aber von den Referenten gehörig heimgeleuchtet. Eine im Sinne der Referate eingebrachte Resolution wurde auf Antrag des Genossen M a t t e r n mit außerordentlicher Mehrheit angenommen. Mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine wurde alsdann die Versammlung geschlossen. J. A.: F. K l e i n, Sekretär.

Augsburg. Der hiesige Ortsverein der Tischler hatte auf Sonnabend, den 9. November, eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung für sämtliche Holzarbeiter einberufen, zu welcher Generalsekretär B a m b a c h (Berlin) das Referat übernommen hatte. Die Versammlung war von den Mitgliedern unseres Ortsvereins gut besucht, so daß das geräumige Lokal fast bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Holzarbeiterverband glaubte den „Hirichen“ ein Schnippchen zu schlagen, indem er ebenfalls eine öffentliche Versammlung auf den gleichen Tag ausschrieb mit einem Referenten aus München. Doch es nützte nichts, unsere Versammlung war gut besucht, während man bei der andern das nur mäßig der Fall war. Schon bei Eröffnung unserer Versammlung konnte der Vorsitzende bekannt geben, daß fünf Aufnahmen zu verzeichnen seien, was allseitig begrüßt wurde. Der Vorsitzende begrüßte in warmen Worten Gen. B a m b a c h und meinte, daß es ja so selten sei, daß wir Referenten bekämen, es daher erfreulich sei, daß der Generalrath mehr zu der Erkenntniß komme, daß unser Gewerkverein nur durch eine rührige Agitation an Mitgliedern gewinnen könne. Nunmehr nahm der Referent das Wort zu dem Thema: „Die Deutschen Gewerkevereine und ihre Bestrebungen.“ Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in einem 1½ stündigen Vortrage in leicht verständlicher und glänzender Weise, was ihm den ungetheilten Beifall der Versammelten eintrug. Zunächst von der Gründung der Gewerkevereine ausgehend, ihre Bestrebungen und Ziele schon vom Jahre 1868 an klarlegend, ging er auf die Unterstützungen unserer Organisation über, dieselben Punkt für Punkt klar und sachlich behandelnd, so daß Jedem die Nützlichkeit und der eminente Werth derselben, insbesondere der Arbeitslosenunterstützung, vor Augen geführt wurde. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, freie Diskussion, ergriff, da Niemand sich zum Wort meldete, der Vorsitzende B l e i c h e r das Wort, um die Augsburger Verhältnisse zu schildern, wobei er anführte, daß die Fabrikanten sehr oft die kleinsten Forderungen der Arbeiter schroff zurückweisen, was sich erst kürzlich wieder gezeigt habe, als die hier am Orte bestehenden Organisationen an die Unternehmer mit der Bitte herantraten, die acht tägige Lohnzahlung einzuführen, da bisher hier in den Fabriken die vierzehntägige Lohnperiode üblich ist. Die Antwort war kurz und bündig, sie lautete: Wir sehen für die Arbeiter in der acht tägigen Lohnzahlung keinen Nutzen, eher Schaden. Redner verbreitete sich dann weiter über die Arbeiterausschüsse und erklärte, daß die große Mehrzahl der Arbeiter die Nützlichkeit dieser gesetzlichen Bestimmung noch nicht eingesehen habe und daß dort, wo sie bestehe, dieselben nur als Ausschüsse der Betriebskassen fungiren, und auch dort nur so, daß

Jeder, sobald er im Interesse der Arbeiter für irgend welchen Punkt eintritt, sich ausgesetzt ist, auf's Pflaster geworfen zu werden. Da nun in der Regel die Mehrzahl dieser Ausschußmitglieder keiner Organisation angehört, also auch keinen Rückhalt hat, so schweigen sie eben, und die Betriebsleiter können nach ihrem Gutdünken schalten und walten wie es ihnen beliebt, was selbstverständlich nicht immer zu Gunsten des Arbeiters ausfällt. Im Weiteren geißelte Redner das gegenwärtige Verhalten des Holzarbeiterverbandes in scharfen Worten und schloß mit einem energischen Apell an die Mitglieder, jederzeit für unsere Organisation einzutreten und zu agitieren. Im weiteren Verlauf der Versammlung sprachen noch die Kollegen Dürr und Bischof, so daß wir hoffen, durch diese Versammlung wieder manche Aufklärung und weiteren Ansporn zur Gewinnung von Mitgliedern gegeben zu haben.

B.

Auskunft der „Eiche“.

B. Sch. in S., **A. L.** in N. und noch v. A. **Aus ein wenig aufmerkamer Beachtung** der Bekanntmachung des Vorstandes der Z u s s u ß k a s s e in Nr. 45 der „Eiche“ ergibt sich, daß die z. B. krank gemeldeten Mitglieder die von der Generalversammlung zu Weiskensfeld beschlossene höhere Unterstützung nur bis einschließlich den 22. November erhalten. Mitglieder, bei welchen die Krankheit auch über den 22. November hinaus andauert, erhalten vom 23. November ab die Unterstützung in Höhe der Bestimmungen des veröffentlichten 1. Nachtrags zum Statut. Für alle Mitglieder, welche sich am 23. November oder später krank melden, gelten, den Bestimmungen des Nachtrags entsprechend, zwei Tage Wartegeld (§ 7, Abs. 2).

F. J. in St. Der Bericht findet in nächster Nr. Verwendung.
W. A. in Elberfeld, **F. J.** in Ulm, **A. B.** in D. Für nächste Nr. zurückgelegt.

Seuilleton.

Meines Freundes Braut.

Novelle von Dr. Karl Grüber.

(Nachdruck verboten.)

In einem eleganten Hause der Residenz war das Fest einer silbernen Hochzeit gefeiert worden. Mitternacht war vorüber, als die Frauen die Gesellschaft verließen und sich zurückzogen; die Männer — alt und jung — rückten einander näher und vergaßen in fröhlichem Geplauder die späte Stunde. Man plauderte von Diesem und Jenem, von Glück und Unglück, von Sterben und Verderben, von Gedeihen und vom Freien. Manche lustige Heirathsgeschichte wurde erzählt und Vieles, Ernstes wie Heiteres, gesprochen über des Zufalls Fügungen, die Mann und Weib zusammengeführt. Als einer der Erzähler den Zufall als besten und glücklichsten pries, lachte der alte Herr, der soeben als Jubilar gefeiert worden war, laut auf. Alles drängte sich um den Greis und bestürmte ihn mit Bitten, doch die Geschichte zum Besten zu geben, welche ihn so heiter gestimmt hatte. Der alte Herr ließ sich ziemlich lange bitten, endlich aber nickte er zustimmend und versprach den Wunsch der Gesellschaft zu erfüllen. Eine neue Flaschenbatterie wurde aufgeföhrt, die Gläser von Frischem gefüllt, der mächtige Kamin nochmals mit Holz versorgt und der Kreis um den Erzähler noch enger geschlossen.

„Ihr müßt nicht viel erwarten,“ begann der Jubilar, „des Zuhörens werth ist die Geschichte aber doch, zumal sie mir selber passiert ist. Ich muß weit ausholen, denn lang, lang ist's her.“

In der Stadtschule machte ich die Bekanntschaft meines Freundes Max Hauschild, eines schmucken Knaben von zehn Jahren. Ich zählte zwei Jahre mehr, und da zwischen unseren Eltern ein freundschaftliches Verhältniß bestand, wurde Max unter meinen besonderen Schutz gestellt. Max war ein sehr verzogenes Kind, sein Wille galt im Hause, seine Mutter war täglich und stündlich darauf bedacht, ihrem Schötkinde Vergnügen zu verschaffen. Diese Erziehung verfehlte ihre Wirkung nicht; der Junge verwilderte von Tag zu Tag mehr, und als er schließlich seinem Vater nicht mehr gehorchen wollte, machte dieser kurzen Prozeß, jagte den Jungen aus dem Hause und übergab ihn trotz der Drohungen, Bitten und Nervenanfalle der Mutter den Händen unseres Schulmeisters Clearius, der eine Pensionsanstalt besaß.

Ich schloß mich Max bald an, und er bezeugte mir viel Freundschaft. Aber es verging kein Tag, ohne daß er nicht neue Pöffen verübte. Das Geld, welches ihm die Mutter zusteckte, schien ihn in den Händen zu brennen; wenn er keines mehr hatte, borgte er ohne Bedenken, um seine Launen befriedigen zu können. Seine häufigste Gläubigerin war unsere Nachbarin, die dicke Madame Meyer, eine Kuchenbäckerin, Max besand sich oft in Geldverlegenheit und nahm die arge Gewohnheit an, durch allerlei Lug und Trug seine kleine Vergehungen zu verbergen.

Hätte ich ihn nicht aufrichtig geliebt, so wäre meine Geduld bald erschöpft gewesen; mehr als hundertmal hatte er, mit dem Versprechen baldiger Wiedererstattung, zu meiner schmalen Börse seine Zuflucht genommen, aber auch, sobald er mich aus dem Gesichte verloren hatte, die Sache vergessen. Mit sechzehn Jahren ging ich von der Schule weg, und der arme Max vergoß beim Abschied bittere Thränen. Er sprach kein Wort von den Thalern und Groschen, die er mir noch schuldig war, aber er schien erleichtert aufzuathmen, als ich zu der Aufforderung, mir bald zu schreiben, nicht hinzusetzte: „Vergiß nicht, Deinem ersten Briefe das Geld beizulegen.“ Wie dem auch sei, ich sah ihn während meines Aufenthaltes in L . . . nicht wieder. Unser Briefwechsel, der im Anfang ziemlich lebhaft geführt ward, hörte nach und nach auf, und ein ganzes Jahr hindurch vernahm ich kein Wort von ihm.

Eines Tages kam ein Paket an mich, dessen Inhalt eine prächtig eingebundene Ausgabe meiner Lieblings-Auloren war; auf der ersten Seite stand mein Name und darunter die Worte: „Von seinem dankbaren Freunde Max.“ In einem Briefe, welcher das Schreiben begleitete, meldete er mir seinen Eintritt in ein Husarenregiment. Ich freute mich des schönen Geschenkes, denn als solches mußte ich die Bücher betrachten, da ihr Werth die Höhe der Schuldsomme bedeutend

überstieg; danken konnte ich nicht, da Max vergessen hatte, seine Adresse anzugeben.

Jahre vergingen. Kurze Zeit, nachdem ich als Assessor nach der Hauptstadt berufen worden war, traf ich meinen Freund Max als stattlichen Offizier unvermuthet in einem Hotel. Unser Wiedersehen war sehr zärtlich; allein es glich eher der Begegnung zweier Schulknaben, die sich in den Ferien wieder finden, als derjenigen von jungen Männern. Wir sprachen nur von Kindereien und schlenderten ebenso ausgelassen und übermüthig durch die Straßen, als wir es in den Gärten des Magisters Clearius gethan hatten.

Es bedurfte keiner langen Zeit, um mich erkennen zu lassen, daß Max noch immer der Alte sei; lägliche führte er mich zu einem Zuckerbäcker, und genau wie bei Madame Meyer, rief er beim Hinausgehen: „Schreiben Sie das auf meine Rechnung!“ Ich sah ihn tausend Ländeleien kaufen, nie aber seine Börse aus der Tasche ziehen. Da ich wußte, daß er kaum den vierten Theil der Sachen bezahlen könne, machte ich ihm ernste Vorstellungen, die er wohl geduldig anhörte, die ihn aber bewogen, seine Freundschaft zu mir erkalten zu lassen.

Ich war hierüber recht unzufrieden, vergaß jedoch meinen Verdruß bald, als mich Max eines Tages in aller Frühe besuchte und mir mittheilte, daß er abreisen müsse, da sein Regiment in eine entfernte Garnison verlegt werde. Da er mir seine Ordre zeigte, konnte ich in seine Aussagen keine Zweifel setzen.

Wir nahmen miteinander das Frühstück ein und plauderten über dies und das. Mehrmals trat Maxens Diener ein und überreichte seinem Herrn Papiere, allem Anscheine nach Rechnungen verschiedener Firmen. Mein alter Verdacht erwachte wieder, ich hüllte mich aber, ihn laut werden zu lassen. Bald nach dem Frühstück nahm mich Max am Arm und zog mich mit sich fort; wir durchwanderten stillschweigend mehrere Straßen ohne bestimmte Richtung und ohne bestimmten Zweck. Plötzlich blieb Max stehen und wandte sich mit allen Zeichen einer heftigen Aufregung gegen mich.

„Ich muß abreisen, sofort, sofort,“ sagte er leidenschaftlich erregt.

„Gewiß“ erwiderte ich; und nach einer kleinen Pause setzte ich, ihn festblickend, hinzu: „und schleunigst, ehe man Dich in den Schuldhurm oder gar ins Gefängniß bringt.“

Er wich einen Schritt zurück und wollte wohl ein heftiges Wort sprechen, doch mäsigte er sich.

„In's Gefängniß — Was willst Du damit sagen?“ antwortete er.

„Berzeihe, lieber Freund,“ entgegnete ich, „aber nach den nicht unbedeutenden Ausgaben, die ich Dich im Laufe der letzten Wochen machen sah, halte ich es nicht für leicht möglich, daß Du zu einer so plötzlichen Abreise fertig und geordnet bist. — Du kennst den Zustand meiner Finanzen so gut als ich selbst, müßt also wissen, daß ich weder über Reichthümer noch über Ersparnisse von Bedeutung verfügen kann. Für die Zeit jedoch, wo ich so gestellt bin, wie ich mich eben gegen Dich geäußert habe, magst Du, wenn ich Dir irgendwie nützlich sein kann, immer ohne Scheu über mich verfügen.“

Max preßte krampfhaft meinen Arm und zerdrückte eine Thräne in seinen Augen; allein da ihm der Muth, wohl auch die Lust fehlte, in eine genaue Darlegung seiner verwickelten Lage einzugehen, so brach er, seiner alten Gewohnheit gemäß, kurz ab und rief lebhaft aus:

„Ich war dessen von Dir gewärtig, lieber Freund, und in der That, Du kannst mir einen großen Dienst erweisen, wenn Du Deinen Namen auf ein Papier setzest, das mich sehr drückt.“

„Ich hoffe,“ sagte ich, „daß es sich um keine große Summe handelt.“

„Ja . . . nein . . . größer in Wahrheit, als Dir vielleicht lieb sein wird.“

Ich zuckte die Achseln. „Max“, sprach ich nachdrucksvoll, „ich erinnere Dich nochmals, daß, wenn Du Deine Wechsel nicht rechtzeitig einlöst, ich an Deiner Stelle hinter Schloß und Riegel komme.“

„Nie, nie!“ rief Max mit Wärme und warf sich in meine Arme. Dann fügte er hinzu, er müsse mir einige Geheimnisse enthüllen, welche schwer auf seinem Herzen lasten, hier aber könne und wolle er nicht sprechen, er müsse hierzu einen stillen Ort aufsuchen.

(Fortsetzung folgt.)

Umtlicher Theil.

Rechnungs = Abschluß

der Hauptkassen des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen für das 3. Vierteljahr 1901.

Einnahme	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Ausgabe	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.		M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
An Kassenbestand vom 2. Vierteljahr	116	60	525	63	538	01	Per Zurückgefandte Gelder	435	81	935	—	4895	69
„ Eingefandte Gelder	9491	92	1815	28	6360	22	„ Unterstützung für Arbeitslosigkeit	2257	—	—	—	—	—
„ Portübergütung vom Verbands	113	80	—	—	—	—	„ „ für Reisen. Wanderschaft	583	78	—	—	—	—
„ Zinsen	1006	50	898	25	922	50	„ „ für Uebersiedelung	617	23	—	—	—	—
„ Inserate der „Eiche“	3	60	—	—	—	—	„ „ bei Ausperrung	268	44	—	—	—	—
„ Abonnement	6	91	—	—	—	—	„ „ in Nothfällen	240	—	—	—	—	—
„ Utensilien	9	75	—	—	—	—	„ Beitragserlaß	142	68	—	—	—	—
„ Strafen	—	20	—	—	71	—	„ Porto einschl. Verj. der „Eiche“	849	72	—	—	—	—
„ Portü	—	39	—	—	—	—	„ Drucksachen und Utensilien	392	50	32	—	227	25
„ Darlehne	650	—	—	—	—	—	„ Agitation und Reisekosten	670	87	—	—	—	—
„ Hilfsfonds zurück	10	—	—	—	—	—	„ Bureau	156	27	—	—	—	—
„ Wanderunterstützung zurück	12	64	—	—	—	—	„ Gehälter	870	—	140	—	630	—
„ Arbeitslosenunterstützung zurück	2	50	—	—	—	—	„ Entschädigung für Sitzungen	58	—	—	—	26	50
„ Begräbnisgeld zurück	—	—	—	—	56	80	„ Entschädigung der Generalrevisoren	51	50	13	—	24	—
							„ Papier, Satz und Druck der „Eiche“	2301	30	—	—	—	—
							„ Autorenhonorar	265	50	—	—	—	—
							„ Organ- und Zeitungs-Abonnement	317	66	—	—	—	—
							„ Verbandsbeiträge	414	48	—	—	—	—
							„ Alters- und Invaliditätsverf.-Marken	12	96	—	—	—	—
							„ Rechtsschutz	36	50	—	—	16	50
							„ Gekaufte Werthpapiere (Cours)	—	—	2022	—	—	—
							„ Zinsen für gekaufte Werthpapiere	—	—	13	40	—	—
							„ Provision und Spesen	—	—	37	60	7	—
							„ Ruhegehälter	240	—	—	—	—	—
							„ Ehrung Verstorbener	7	50	—	—	—	—
							„ Außerordentliche General-Versamml. Diäten, Reisekosten, Protokoll	—	—	—	—	691	20
							„ Kassenbestand	285	11	46	16	1430	39
Summa M.:	11424	81	3239	16	7948	53	Summa M.:	11424	81	3239	16	7948	53

Vermögen der Hauptkassen	Kautions-Kasse		Zuschuß-Kasse		Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Verfügbarer Fond*)	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 % auf der Reichsbaut	2100	—	2800	—	50 000	—	44 500	—	38 300	—	—	—
Kassenbestand " 3 % " " " "	700	—	200	—	—	—	10 300	—	20 500	—	—	—
	699	75	409	80	235	11	46	16	1 430	39	—	—
Summa M.:	3499	75	3409	80	50 235	11	54 846	16	60 230	39	892	60

Mitgliederzahl: Gewerkeverein: 6712. Begräbniskasse: 2072. Zuschußkasse: 4200.

Berlin, 1. Oktober 1901.

C. Gafner, Schatzmeister.

M. Marzilger, A. Günther, G. Mühle, Generalrevisoren.

Bekanntmachung.

Die geehrten Ausschüsse sämtlicher Ortsvereine werden hierdurch aufgefordert, die laut § 11 des Gewerkevereinsstatuts vorgeschriebene und im § 19 und folgenden der Geschäftsordnung erläuterte, im Dezember jeden Jahres vorzunehmende Ausschlußwahl vorzubereiten und dieselbe rechtzeitig durch die Ortsvereins-Versammlung vornehmen zu lassen.

Für diejenigen Ortsvereine, für welche eine Verwaltungsstelle der Zuschußkasse errichtet ist, deren Verwaltung gleichfalls alljährlich im Dezember laut § 17 des Zuschußkassenstatuts durch die Mitglieder-Versammlung gewählt werden muß, schreibt der § 19 der Geschäftsordnung vor, daß der für den Ortsverein gewählte Ausschluß „gleichzeitig die Verwaltung der Verwaltungsstelle der Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse bildet“; demzufolge ist diese Wahl im Anschluß an die Ortsvereins-Versammlung, in welcher der Ausschluß gewählt worden ist, in einer Mitglieder-Versammlung der Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung dieser Bestimmung, vorzunehmen.

Sofort nach den vollzogenen Wahlen sind die Namen der Gewählten nebst deren genauen Adressen auf dem, der Nr. 46 der „Eiche“ beigelegten Formular zu verzeichnen und das vollständig ausgefertigte Formular dem Bureau des Gewerkevereins (Berlin O. 17, Münchebergerstraße 15, II) einzuschicken.

Die Wahlen müssen so frühzeitig erfolgt sein, daß dieses ausgefertigte Formular sofort nach der Wahl, spätestens jedoch den 24. Dezember d. Js., zu Händen des Bureaus gelangt, damit das Adressverzeichnis rechtzeitig fertig gestellt werden und namentlich auch die wöchentliche Versendung der „Eiche“ ohne Unterbrechung an die richtige Adresse erfolgen kann.

Der Generalrath und Vorstand erwartet mit ganzer Bestimmtheit, daß die Mitglieder nur solchen Genossen die Vertrauensämter übertragen werden, die auch mit allem Ernste gewillt sind, ihres Amtes während ihrer Wahlperiode in thätiger und entsprechender Weise zu walten, damit Ergänzungswahlen möglichst vermieden werden; ferner wird noch hinsichtlich der Wahl der Kassirer insbesondere auf den § 23 der Geschäftsordnung hingewiesen, mit dem Bemerkten, daß der Generalrath und der Vorstand ohne Unterschied nur solchen Genossen, welche die im § 23 der Geschäftsordnung vorgesehene Kautions hinterlegt haben, die Theilnehmung ertheilen kann und wird.

Laut § 19d des Gesetzes und § 21 Abs. 2 des Zuschußkassenstatuts ist die Verwaltung jeder Verwaltungsstelle verpflichtet, der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes von jeder Veränderung in der Verwaltung Anzeige zu machen; demzufolge muß, sobald die Neuwahlen vom Vorstande bestätigt sind, sofort, spätestens aber in drei Tagen, an die örtliche Aufsichtsbehörde der Stadt, Ort oder Bezirk eine besondere Meldung erfolgen, in welcher genau der Name, Stand und Wohnung nebst Amtsbezeichnung der Neugewählten anzugeben sind; jedoch ist es nur erforderlich, den neugewählten Vorsitzenden, Sekretär und Kassirer in diesem Schriftstück zu melden.

Für Berlin sind die Meldungen „An das Königliche Polizeipräsidium, Abth. IIa, Aufsichtsbehörde der eingeschriebenen Hilfskassen, Zimmer 280“ zu adressiren.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Unterlassung der Meldung an die Behörden strafbar ist, die Kasse kommt jedoch für die etwa verhängten Strafen nicht auf.

Für den Generalrath und Vorstand:

M. Wahlte,
Vorsitzender.

C. Gafner,
Schatzmeister.

P. Dambach,
Generalsekretär.

